



## **Russische Ukraine-Politik**

**Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider**

**Oktober 2021**

### **Zusammenfassung**

---

Offensichtlich wird in Moskau intern die Ukraine-Politik diskutiert. Die bisherigen Positionen sind für realistisch Denkende nicht mehr haltbar. Für sie ist klar, dass Russland und die Ukraine nie wieder ein Land sein werden, was kein Grund zum Bedauern sei. Beide Länder müssen lernen, nebeneinander zu leben.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

In Moskau wird offensichtlich intern die eigene Ukraine-Politik diskutiert. Auf der einen Seite steht die bisherige Position, die Dmitrij Trenin, Oberst a.D. der sowjetischen Streitkräfte und Direktor der Denkfabrik Carnegie Moskau mit guten Kreml-Verbindungen, folgendermaßen zusammenfasste<sup>1</sup>:

1. Die Ukraine ist Teil des historischen Kerns des russischen Staates und ihre Hauptstadt Kiew die „Mutter der russischen Städte“.
2. Russen und Ukrainer sind ein Volk, das aufgrund der antirussischen Politik der Kiewer Behörden gespalten wurde.
3. Die Ukraine nimmt eine äußerst wichtige strategische Position zwischen Russland und den NATO-Ländern ein.
4. Die Ukraine hat ein starkes demografisches, wirtschaftliches und kulturelles Potential, das in Kombination mit dem russischen dazu beitragen kann, dass Russland zu einem Weltmachtzentrum werden kann.

Trenin schließt diese Aufzählung ab: „Inzwischen sind alle diese Argumente unhaltbar.“ Er begründet das folgendermaßen:

1. Die Russische Föderation sei ein vollwertiges Russland, das keine weitere territoriale Expansion benötige, insbesondere durch die Ukraine. Russland sei lange vor der Unterstellung der Ukraine durch den Kosaken Bogdan Chmelnyzkyj unter die Hoheit des russischen Zaren Alexej Michajlowitsch 1654 zu einer Macht geworden. Diese „Wiedervereinigung“ habe wenig Einfluss auf die internationale Position des Russischen Reiches gehabt. Russlands „einzigartige stabile geopolitische Position“ sei das Ergebnis der Entwicklung Sibiriens und des Zugangs zum Pazifischen Ozean. Nowgorod gelte zu Recht als Wiege der russischen Staatlichkeit und als Ort, von dem die erste herrschende Dynastie stamme.
2. Die Bevölkerung der Ukraine sei kulturell und religiös heterogen. Die Menschen in Teilen der Ukraine wie in Galizien mit Wolhynien und im Donbass mit Noworossija bekennen sich zu unterschiedlichen, manchmal zu direkt entgegengesetzten Werten. Wenn die ukrainische Bevölkerung in die erweiterte russische Nation aufgenommen würde, würde diese Expansion die Einheit der Russen eher untergraben als stärken.
3. Die Bedeutung der strategischen Position der Ukraine für die Sicherheitsinteressen Russlands sei übertrieben. Das „Mantra der Gefahr eines NATO-Beitritts“ der Ukraine sei in letzter Zeit weniger wahrscheinlich geworden. An seine Stelle sei das „Gespenst der Umwandlung Kiews in einen US-Verbündeten außerhalb der NATO“ getreten. Washington bewaffne Kiew zwar weiterhin, aber die „Aussicht auf einen militärischen Zusammenstoß mit Russland über die Ukraine, wo die US-Interessen begrenzt“ seien, zwingt die US-Politiker, vorsichtig vorzugehen.
4. Die russische Verteidigungsindustrie habe ihre Militärimporte aus der Ukraine ersetzt. Für Russland wäre es sinnvoller und vielversprechender, seine wirtschaftlichen Beziehungen in südöstlicher statt in südwestlicher Richtung zu entwickeln.

---

<sup>1</sup> <https://carnegie.ru/commentary/85272>

Aus diesen Überlegungen entwickelte Trenin eine Korrektur des russischen Ansatzes in den Beziehungen zur Ukraine. Die Bedeutung der Ukraine für Russland bestehe nicht so sehr im öffentlichen Bewusstsein, sondern werde von der Elite „immer noch stark überschätzt“. Es sei an der Zeit, diese Diskrepanz zu erkennen, um eine „längst überfällige Neubewertung dieses Werts vorzunehmen“. Die „verächtliche und spöttische Haltung gegenüber dem modernen ukrainischen Staat, die sich unter dem Einfluss der russischen Staatspropaganda entwickelt“ habe, sei mit „unangenehmen Überraschungen behaftet“. Russland müsse „auf jeden Fall“ einen groß angelegten Krieg mit der Ukraine vermeiden. „Ein solcher Konflikt wäre eine Katastrophe und eine Tragödie für Millionen von Menschen. Nichts kann ihn rechtfertigen.“ Bezüglich des Donbass sei die Aufrechterhaltung eines nachhaltigen Stillstands an der Kontaktlinie „das maximal Mögliche“.

Es sei ein tiefes Missverständnis, wenn in Moskau einige glauben, dass der Rückgang des westlichen Interesses an der Ukraine Chancen für Russland eröffne. Die Hauptsache für Russland sei, dass Russland die Ukraine nicht braucht, um Russlands „wichtigste nationale Interessen in den Bereichen Staatsidentität, nationaler Zusammenhalt, Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung zu verwirklichen“.

In Ermangelung eines offiziellen Dialogs sei es sinnvoll, Kontakte zu pflegen und mit einigen „moderaten Gruppen und Persönlichkeiten in der Ukraine zu kommunizieren“. Trenin hält es „langfristig“ für möglich, einen „Prozess der Normalisierung der russisch-ukrainischen Beziehungen einzuleiten“.

Er fasste zusammen: „Russland und die Ukraine werden nie wieder ein Land sein, das ist kein Grund zum Bedauern. Sie müssen jedoch lernen, nebeneinander zu leben.“

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

### Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Vizepräsident der International Union of Economists St. Petersburg (IUECON) sowie Advisory Board Member des EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.

